

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

8.12.1868 (No. 289)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 8. Dezember.

Nr. 289.

Verantwortlicher: halsbüchlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Erscheinung: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Telegramme.

Stuttgart, 7. Dez. Die Abgeordnetenkammer wählte nach sechs vergeblichen Wahlgängen zu Präsidentenwahlkandidaten die Abg. Kanzler Geßler, Becker und Desterlen. Die Adresse wurde zu Gunsten der Erlassung einer Adresse entschieden.

Wien, 6. Dez. In der gestrigen Abend Sitzung des Unterhauses überreichte der Ministerpräsident Andrássy unter förmlichen Gesens die sanktionirte Gesetze über die Wehrkraft, die Landwehr und das Volksaufgebot.

Bukarest, 6. Dez. Das Ministerium hat die Gesetzesvorlage, betreffend die Verlegung des Kassationshofes nach Jassy, zurückgezogen. Die übrigen vom vorigen Ministerium eingebrachten Gesetzesvorlagen hält die Regierung aufrecht, vorbehaltlich der von den Kammern zu beschließenden Amendements. Ferner sind der Kammer die mit Desterreich und dem Norddeutschen Bund abgeschlossenen Postkonventionen zur Genehmigung vorgelegt; außerdem liegt der Kammer der Kommissionsentwurf zu einer Adresse an den Kaiser vor.

Madrid, 6. Dez. Gestern hat in Cadix eine republikanische Kundgebung stattgefunden. Die Republikaner hatten die Truppen aufgefordert, die Waffen niederzulegen, und als diese sich dessen weigerten, errichteten jene eine Barrikade. Die Truppen erstickten dieselbe aber und zerstreuten die Republikaner.

St. Petersburg, 6. Dez. Das „Journ. de St. Petersburg“ hofft, die Weisheit der griechischen, wie der türkischen Staatsmänner werde noch die bedauerliche Konsequenz eines Abbruches der diplomatischen Beziehungen vermeiden.

Konstantinopel, 5. Dez. Admiral Hobbart soll heute mit Vollmachten zur Leitung des Escadre nach Kreta abgehen.

Konstantinopel, 5. Dez. Abends. Man glaubt hier, daß die nachdrücklich geltend gemachten diplomatischen Einsprüche in Athen, welchen Rußland nicht fremd wäre, eine glückliche Lösung des Konflikts in Aussicht stellen.

Konstantinopel, 5. Dez. Abends. Auf das Gerücht, daß die Pforte von ihrem früheren Beschluß zurückgekommen sei und nur ein Ultimatum nach Athen senden werde, sind die türkischen Conjots von 41 auf 43 gestiegen.

Konstantinopel, 6. Dez. Mrgs. Der diplomatischen Intervention der Westmächte ist es gelungen, die Pforte zu bestimmen, vor Anwendung strenger Maßregeln ein Ultimatum nach Athen abzusenden. — Hobbart-Pascha ist noch nicht abgereist.

Konstantinopel, 6. Dez. Mittags. Die Pforte hat, unterstützt von Frankreich, England und Oesterreich, ein Ultimatum an Griechenland abgefordert. Dieses Ultimatum verlangt: Die Verhinderung der Annäherung von Freiwilligen für die Insurgenten in Kreta, die Einstellung der Fahrten des Dampfers „Enosis“, und die ungehinderte Einschiffung der kretensischen Emigrirten. Im Fall die griechische Regierung diese Forderungen ablehnen sollte, würden sofort die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, die griechischen Unterthanen aus der Türkei ausgewiesen und die türkischen Häfen für die griechischen Schiffe geschlossen werden.

London, 6. Dez. Nach dem „Observer“ ist die Ministerliste nunmehr folgendermaßen festgestellt: Lordkanzler: Sir Wood, Conserpräsident: Lord Kimberley, Lord-Siegelbewahrer: Lord Russell, Kanzler der Schatzkammer: Lowe, Erster Lord der Admiralität: Childers, Staatssekretär des Aeußern: Lord Clarendon, des Innern: Bruce, des Krieges: Cardwell, für Indien: Argyll, der Kolonien: Lord Granville, Präsident des Armenamts: Goschen, Präsident des Handelsamts: Bright, Generalpostmeister: Grey, Kanzler des Herzogthums Lancaster: Villiers, Irisches Sekretariat: Fortescue.

## Deutschland.

Karlsruhe, 7. Dez. In unserem Bericht vom 5. d. M. haben wir die Reise und den Aufenthalt in Florenz Ihrer Königl. Hoheiten des Großherzogs und der Frau Großherzogin bis zum 30. v. M. verfolgt.

Am 1. Dezember begaben sich Ihre Königl. Hoheiten zu der Villa des Fürsten Demidoff zu San Donato. Nach Florenz zurückgekehrt, empfing der Großherzog Abends den ehrendem Gesandten, Hrn. Piotta. Am 2. Dezember kam Seine Majestät der König Victor Emanuel zum zweiten Mal von dem Jagdschloß San Rossore in seine Residenz, um Ihren Königl. Hoheiten einen zweiten Besuch in ihrem Hotel zu machen. Waren Ihre Königl. Hoheiten, wie von dem ganzen Empfang, den Ihnen Seine Majestät in Florenz bereitet hatte, von den wiederholten Beweisen seiner aufrichtigen Freundschaft und von der Aufmerksamkeit eines zweiten längeren Besuchs sehr erfreut, so wurden höchst dieselben am folgenden Tage durch ein eben so schönes als reiches Geschenk überrascht. Nachdem am 3. Dezemb. der Präfect des Pal-

lastes, Herzog von Sartrana, im Auftrage Sr. Maj. des Königs Ihre Königl. Hoheiten gebeten hatte, ein in Florentiner pietra dura gearbeitetes Andenken anzunehmen, folgten Höchst-dieselben der Einladung, dasselbe im Palais Pitti zu besichtigen. Es ist ein großer kunstvoll geschnittener Schrein von Ebenholz mit reicher florentiner Mojararbeit. Nach Besichtigung des Palastes Corsini wohnten Ihre Königl. Hoheiten am Abend des 3. Dezember in der Königl. Loge und in Begleitung des Freiherrn und der Freiin v. Schweizer der ersten Aufführung der „Generentola“ von Rossini und eines neuen Ballets an. Auch der Ministerpräsident Graf Menabrea hatte die Ehre, den größten Theil der Vorstellung bei Ihren Königl. Hoheiten zu verweilen.

Während am 4. Dez. S. K. H. der Großherzog die durch prachtvolle Einrichtung und schöne Pferde ausgezeichneten königlichen Marställe besichtigte, besuchte Ihre K. H. die Frau Großherzogin wiederholt in Begleitung der Freiin von Schweizer und geführt von den Hh. Graf Finocchietti und Peri die Wohlthätigkeitsanstalten, die Spitaler und das Findelhaus der Stadt Florenz.

Der Brief, dem wir diese Daten entnehmen, ist vom 4. d. M.; Ihre Königl. Hoheiten hatten ihre auf diesen Tag festgesetzte Adresse verschoben und beabsichtigten, sich am 6. d. M. früh nach Pisa zu begeben und am Nachmittag desselben Tages die Rückreise über Bologna fortzusetzen.

Stuttgart, 5. Dez. Die Kammer der Standesherrn beschloß in ihrer heutigen Sitzung auf den Antrag des Hrn. v. Neurath keine Antwortsadresse auf die Ehrenrede zu erlassen. Staatsminister v. Neurath führte aus, daß weder materielle noch formelle Gründe für Erlassung einer solchen Adresse vorliegen; keine materielle, weil die Kammer jetzt keine besondere Wünsche höchsten Orts vorzubringen habe — wären aber später solche vorhanden, so könne Das immer noch und zu jeder Zeit geschehen —, keine formellen, weil die hohe Kammer, die stets dem Schicksal Rechnung zu tragen pflege, schon öfter Adressen erlassen, aber auch davon Umgang genommen habe. Eine dringende Nothwendigkeit liege schon deshalb nicht vor, weil man doch nicht mehr zu sagen wüßte, als was schon vom Präsidium soleglich als Erwiederung der Ehrenrede gesagt worden sei. Die Kammer trat diesen Ausführungen einstimmig bei. — Als die drei, dem König für die Vizepräsidenten vorgeschlagenen Kandidaten wurden gewählt: Im 1. Wahlgang Fürst v. Waldburg-Wolfegg mit 31 Stimmen (früherer Vizepräsident), im 2. Fürst v. Waldburg-Zeil mit 17 Stimmen, und im 3. Fürst v. Hohenlohe-Langenburg mit 28 Stimmen. Der Justizminister brachte einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Personaldekretion in Wechseljahren, und der Minister des Innern eine neue Bauordnung ein. Außerdem Kommissions- und Sekretärswahlen.

In der Zweiten Kammer brachte der Justizminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Vorrechte des Juretus und anderer Begünstigten ein. Dann Sekretärswahl und Wahl einer Legitimationskommission. — Montag Präsidentenwahl und Begründung des Dringlichkeitsantrags des Abg. Wäyer (vom „Beobachter“) auf Erlassung einer Antwortsadresse auf die Ehrenrede. Der Antragsteller verlangt eine solche, um erstens eine Abstimmung über verschiedene Fragen, namentlich die deutsche Politik, hervorzuheben, und die Kräfte zu messen, sodann aber um gewisse Parteiwünsche auf diesem Wege an den König gelangen zu lassen.

Offen, 4. Dez. Der Bürgermeister Hache hat nachfolgende Bekanntmachung erlassen:

Die bedauerlichen Konflikte, welche am letztvergangenen Sonntag die Ruhe unserer Stadt gestört haben, geben mir, obwohl ich vertrauen darf, daß eine Wiederholung jener Vorgänge nicht stattfinden wird, doch Veranlassung, an die Bürgerchaft der Stadt Offen die dringende Mahnung zu richten, daß bei etwa ausbrechenden Straßentumulten Jeder an seinem Theil zur schleunigen Wiederherstellung der Ruhe mitwirken wolle. Dies wird am besten und zweckmäßigsten geschehen können, wenn der Einzelne den Schauplatz des Tumultes meiden, bzw. möglichst schnell verläßt, und jeder Hausvater dafür Sorge trägt, daß seine Angehörigen sich zu Hause halten. Im Anschluß an diese Mahnung wird zugleich auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 Folgendes verordnet:

§ 1. Bei entstehenden Straßentumulten und Aufräufen sind sämtliche Thüren und Fenster der dem Schauplatz des Tumultes nahe gelegenen Häuser sofort zu schließen und bis zur Herstellung der Ruhe geschlossen zu halten. § 2. Befugte sind, falls der Straßentumult nach Eintritt der Dunkelheit ausbricht, sämtliche nach der öffentlichen Straße gelegenen Fenster der ad 1 bezeichneten Häuser mit je einem Licht zu erleuchten. § 3. Für das Schließen der Thüren sind, außer dem Besitzer des Hauses, sämtliche Bewohner desselben, für das Schließen und Erleuchten der Fenster die Inhaber der betreffenden Wohnungen verantwortlich. § 4. Zuwiderhandlungen gegen diese mit der Publikation in Kraft tretende Verordnung werden mit einer Geldbuße bis zu 3 Thlr. oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe geahndet werden.

Koburg, 3. Dez. (Müdn. Korr.) Die Wahlmänner wählen zum Landtag haben in den drei Wahlbezirken der

hiesigen Stadt ein überaus klägliches Resultat gehabt. Von den Wählern haben sich nur etwas mehr als fünf Prozent an der Wahl betheiliget. In dem einen Bezirk wählten 30, in dem zweiten 38, in dem dritten 15 Personen. In dem letzten findet sogar der unerhörte Fall statt, daß die Zahl der Wahlmänner (20) größer sein wird, als die der Wähler war. Die Wahlen sind durchaus auf die von dem hiesigen städtischen Komitee aufgestellten Wahlmännerkandidaten gefallen.

Waldshut, 2. Dez. (Post. Blg.) In der heutigen Landtags-Sitzung wurde ein Groß. Restrikt vorgelegt, welches die Bewilligung einer Pension von 200 Thlrn. aus dem Etat des Landarbeitshauses für den Obermedizinalrath Loeser in Güstrow beantragt. Die Versammlung lehnte die Bewilligung mit 24 gegen 26 Stimmen ab. Darauf wurde die Verhandlung über das Gesetz wegen des ritterschaftlichen und landthaflichen Landjuchmens fortgesetzt und nach lebhafter Debatte beschlossen, daß die Vorschläge wegen des Minimaleinkommens auch auf die bisher schon angestellten Schullehrer Anwendung finden sollen. Die Schullehrer können darnach, wenn sie nicht nach den Bestimmungen des Gesetzes eingesezt sind, verlangen, daß sie in allen Punkten darnach eingesezt werden, nicht aber in einzelnen Punkten. Die Vorschläge der Regierung über das Minimaleinkommen der Schullehrer, welche zugleich Küster sind, werden mit 28 gegen 23 Stimmen angenommen. Die Einnahmen sollen nicht nach den jetzigen Preisen umgerechnet werden.

Berlin, 4. Dez. Sitzung des Abgeordneten-hauses vom 4. Dez. (Schluß.)

In der heutigen Sitzung, über deren ersten Theil bereits berichtet worden, wurde der Antrag des Abg. Lorenzen zu Tit. 1 Nr. 2 der Einnahmen (Provinzialverwaltung) 19,034 Thlr. als Zinsen von den Kapitalien des schleswig-holsteinischen Strafanstalts-Neubausfonds abzuheben, nach längerer Debatte, an der sich die Abg. Basker, Lorenzen, Heberich, v. Binde, Lutteroth, Graf Wintgerode, Geisler, v. Eichhorn und die Regierungskommissäre Wulfsheim und Steinmann betheiligten, abgelehnt und die betreffende Position bewilligt. Der Antrag des Abg. v. Lürich, zu erklären: daß durch Aufnahme der Zinsen dieses Fonds der Rechtsfrage über das Eigentum derselben ein Präjudiz nicht erwachsen solle, wurde fast einstimmig angenommen. Zu Tit. 3 (Verwaltung der Straf-, Besserungs- und Gefängnisanstalten) begründet Abg. v. Hennig seinen Antrag, die Regierung im nächsten Etat um einen Nachweis zu ersuchen, wie die Gefangenen in den Strafanstalten beschäftigt werden, durch den Hinweis auf den Schaden, welcher der Privatindustrie aus der Konkurrenz der Gefängnisanstalten erwachse. Abg. Stroffer sucht nachzuweisen, daß diese Konkurrenz wenig ins Gewicht falle. Der Antrag von Hennig wird angenommen. Zu Tit. 4 (Verwaltung der Regierungs-Amtsblätter) berührt der Abg. Parisius die Abrechnung, welche darüber erwachse, daß die Amtsblätter beschreibende Artikel über politische Fragen bringen. Er habe gehofft, daß diese „Belehrung“ nach 1866 wegsallen werde, denn sie gehöre zu dem System, eine bestimmte Partei im Staat niederzuhalten, und wünsche zu wissen, wie es damit gegenwärtig gehalten werde. Der Minister des Innern erwidert, die betreffende Verordnung sei nicht zurückgenommen, aber es werde jetzt weniger Gebrauch davon gemacht. Nebigens könnten beschreibende Artikel in den Amtsblättern der neuen Provinzen allerdings recht nützlich sein. Abg. Becker regt die Herabsetzung der Gebühren für die zwangsmäßige Insertion in den Amtsblättern an, worauf Regierungskommissär Wulfsheim erwidert, die Regierung könne gegenwärtig auch auf unbedeutende Einnahmequellen nicht verzichten. Schluß der Sitzung.

Berlin, 5. Dez. Sitzung des Abgeordneten-hauses vom 5. Dez.

Der Präsident v. Jordan bed widmet dem verstorbenen Abg. Letzte Worte des Gedächtnisses, und die Mitglieder erheben sich. Windthorst (Widlinghausen) beantragt die Aussetzung des Kriminalverfahrens gegen den Abg. Parisius, wozu der Termin vor dem Kammergericht auf den 15. Dezember angezett ist. Der Antrag wird zur Schlußberatung gestellt, die Ernennung des Referenten wird vorbehalten.

Es folgt die fortgesetzte Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Der Minister Graf zu Eulenburg zieht die erhöhte Staatsposition für einen zweiten Ministerialdirektor aus Ersparungsrücksichten zurück. Eine Debatte über das statistische Bureau lehnt sich an Anträge des Abg. Schmidt (Stettin): auf größere Uebersichtlichkeit der Kosten für das statistische Bureau; auf Nachweis der Frequenz des statistischen Seminars und auf Veröffentlichung der Protokolle der statistischen Zentralkommission. Der Regierungskommissär Graf zu Eulenburg wünscht Ablehnung der Anträge. An der Debatte betheiligten sich die Abg. Schmidt (Stettin), Oden, Becker, Engel (Schleiden), Reiterer in einem längeren Vortrag über die Organisation und Wirksamkeit des statistischen Bureau's. Schmidt (Stettin) zieht hierauf seine Anträge zurück.

Die nächste Debatte erhebt sich über den Antrag zur Nichtbewilligung der Umwandlungskosten des Amtes Meisenheim in ein Landraths-Amte. Regierungskommissär Wolf rechtfertigt die Position. Briesen sekundirt. An der Debatte betheiligten sich Wintgerode und Barth. Die Abstimmung wird vorbehalten.

Saucken (Georgensfelde) beklagt ein ungleichmäßiges Verfahren bei Ernennung und Besetzung der Landräthe. Minister Eulenburg: Es werden hier vom Vorredner Ernennungs- und Bewilligungsgerecht verwechselt; letzteres steht dem König zu, und über die Art



und den Umfang desselben sind Interpellationen unzulässig. Kar-  
dorff wünscht Abschaffung der Landrats-Prüfungen. Der Mini-  
ster rechtfertigt die Einrichtung, welche unentbehrlich sei. Zur Re-  
gide will Verbesserung der Landrats-Gehälter nach Anciennität.  
Minister Eulenburg: Die Regierung ist bereits in dieser Richtung  
vorgegangen. Sauten: Es ist unkonstitutionell, wenn sich der Mi-  
nister durch den König deckt. Der Minister: Ich habe dies nicht  
gethan, halte aber die Heranziehung der erfolgten Königl. Ernennun-  
gen in die Debatten für unzulässig.

Schließlich werden sämtliche Positionen bewilligt und alle übrigen  
Anträge verworfen.

Es folgt die allgemeine Diskussion über die hannoverschen Land-  
drosteien. Sämtliche Änderungsanträge wurden verworfen.  
Der Minister des Innern befragt den Fortbestand der han-  
noverschen Landdrosteien in verringerter Anzahl und wies auf das  
entscheidende die Einsetzung einer einzigen Regierung zurück. Fort-  
setzung der Beratung in der Abend Sitzung.

**Berlin, 5. Dez.** Unter den Vorlagen, welche dem Bun-  
desrath zugegangen sind, ist die umfangreichste der Gesetz-  
entwurf, betr. das Urheberrecht an Werken der Lite-  
ratur und Kunst, an wissenschaftlichen Abhandlungen  
u. dgl. Der „Beserger“ wird darüber von hier gemeldet:

Der Entwurf erstreckt sich auf das Urheberrecht an Werken der Lite-  
ratur und der Kunst, an geographischen, naturwissenschaftlichen, archi-  
tekturischen und ähnlichen Abhandlungen, sowie an photographischen  
Aufnahmen nach der Natur. Der ganze Entwurf umfaßt 87 Para-  
graphen, § 1-38 beziehen sich auf die Schriften, 39-43 auf musika-  
lische Kompositionen, 44-55 auf Werke der bildenden Kunst, 56 und  
57 auf geographische u. s. w. Abhandlungen, 58-62 auf photographische  
Aufnahmen nach der Natur, 63-68 auf öffentliche Aufführung  
dramatischer, musikalischer oder dramatisch-musikalischer Werke, 69  
bis 78 enthalten allgemeine Bestimmungen, 79-87 Bestimmungen  
über eine „Eintragsrolle des Norddeutschen Bundes“ für  
Druckschriften, musikalische Kompositionen, Werke der bildenden  
Kunst und photographische Aufnahmen nach der Natur, welche in  
Leipzig geführt werden soll. Das Gesetz soll vorschreiben, welche  
Werke und unter welchen Voraussetzungen dieselben in die Rolle  
eingetragen werden sollen. Ob und in wie weit auch im Ausland  
erscheinende Werke in die Rolle eingetragen sind, ist nach den von Sei-  
ten des Norddeutschen Bundes mit nichtdeutschen Staaten geschlossenen  
Staatsverträgen zu beurtheilen. Den Werken, die in einem dem ehe-  
maligen deutschen Bunde, dem Norddeutschen Bunde nicht angehörigen  
Staaten erschienen sind, steht die Eintragung zu, insofern das Recht  
des betreffenden Staates die innerhalb des Norddeutschen Bundes er-  
schienenen Werke den einheimischen gleichstellt. Dem Gesetzentwurf  
sind sehr umfangreiche Motive beigelegt.

Der Ausschuss des Bundesrathes des Norddeutschen  
Bundes für Zoll- und Steuerwesen hielt heute eine Sitzung ab.

#### Österreichische Monarchie.

**Wien, 4. Dez.** Der Kriegsmminister hat in der  
österreichischen Delegation gestern wichtige Erklärungen abgege-  
ben, obgleich er möglicher Weise, um sein Budget intakt zu er-  
halten, die Lage etwas schwärzer malte, als sie wirklich ist.  
Er hat ausdrücklich versichert, daß er, da wir vielleicht am  
Vorabend wichtiger Ereignisse ständen, in der Lage sei, für  
nächstes Frühjahr eine vollständig schlagfertige und mit Hin-  
terladern bewaffnete Armee in der Stärke von 600,000 Mann  
aufzustellen. In welcher Richtung seine Befürchtungen liegen,  
mag daraus erhellen, daß er mit aller Energie auf die Befes-  
tigung Galiziens und auf den Ausbau der von Ungarn durch  
Galizien an die russische Grenze führenden Eisenbahn drang.  
Die neuesten Nachrichten aus Bielitzka stellen den voll-  
ständigen Untergang des Bergwerths in fast sichere Aussicht.

**Wien, 5. Dez.** Der „N. Fr. Presse“ zufolge lehnt die  
hiesige türkische Botschaft ein Dementi der gestern aus der  
„Turquie“ telegraphirten Nachrichten über die Maßregeln  
gegen Griechenland ab. Nach den heute Nacht eingetrof-  
fenen telegraphischen Nachrichten stellt sich die Sachlage also  
dar: Die von der „Turquie“ angekündigten Maßregeln waren  
bevorstehend. Die Pforte hätte dieselben angekündigt, die  
Westmächte ihrerseits in Athen erklären lassen, daß sie Nichts  
thun können, um jene Maßregeln aufzuhalten. Minister  
Bulgari versichert seinerseits beständig, daß die griechische  
Regierung nicht im Stande ist, die Expeditionen von Freiwilli-  
gen zu verhindern, daß es sich um ihre Existenz handle, und  
daß sie schon das Aeußerste gewagt, als sie die Rückkehr der  
kretischen Emigranten zugestand. In unterrichteten griechi-  
schen Kreisen ist man der Meinung, daß der Bruch zwischen  
der Pforte und Griechenland unvermeidlich ist, daß aber die  
Schutzmächte selbst Anstalten treffen werden, um die Fortdauer  
der Unterstützung des Aufstandes von griechischer Seite zu  
verhindern.

**Wien, 5. Dez.** Es mag auf den ersten Blick be-  
strebend erscheinen, daß die Pforte eben jetzt, wo der kreti-  
sche Aufstand zum größten Theil entschieden nur noch durch  
künstliche Mittel sein Dasein friert und jedenfalls im Er-  
löschen begriffen ist, mit einer Energie gegen Griechenland  
auftritt, die sie zu einer Zeit, wo dieser Aufstand Dimensionen  
angenommen hatte, welche geradezu die Integrität des ottoma-  
nischen Reiches bedrohten, vermissen ließ. Gleichwohl dürfte  
die Erklärung nahe liegen, über welche die Pforte sich zunächst  
mit den Westmächten und mit Oesterreich verständigt hat,  
ohne einen solchen Rückhalt würde man in Konstantinopel  
sicher keine Schritte gethan haben, die einen kriegerischen Kon-  
flikt, wenn auch nicht provozieren müssen, doch leicht provo-  
zieren können. Daß die Westmächte ihrer der Pforte zu ge-  
währenden Unterstützung nöthigenfalls alsbald durch das Er-  
scheinen ihrer Kriegsschiffe in den griechischen Gewässern  
Nachdruck zu geben gesonnen sind, kann keinem Zweifel unter-  
liegen, und ebenso dürfte es zweifellos sein, daß Oesterreich in  
vollem Einverständnis mit den leitenden Intentionen der im  
Zuge befindlichen Aktion sofort seinen ganzen moralischen  
Einfluß einsetzt wird, um auf die Entschlüsse der grie-  
chischen Regierung einzuwirken.

**Wien, 5. Dez.** Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht ein  
kaiserl. Handschreiben, welches Baron v. Beust aus Amer-

kennung und zum Beweis besondern Wohlwollens des Kai-  
sers in den erblichen Grafenstand erhebt.

**Wien, 6. Dez.** Nach den letzten hier eingegangenen  
Nachrichten wird eine verstärkte türkische Escadre, von  
englischen und französischen Kriegsschiffen unterstützt, zur Ver-  
stellung einer wirksamen Blockade in den Gewässern von  
Kreta kreuzen. Russland hat die Mitwirkung nicht abge-  
lehnt, aber auch nicht zugesagt; es hat sich seine Entschlie-  
gung vorbehalten, unter Anerkennung übrigens der Berechtigung  
der Pforte zu der Forderung, daß Griechenland der bisher vom  
griechischem Boden aus den Aufständischen gewährten Unter-  
stützung steuere. Oesterreich wird die in Szene zu setzende  
Aktion zunächst lediglich den Schutzmächten überlassen und nur  
mit diplomatischen Mitteln für die Ziele derselben eintreten.

**Wien, 6. Dez.** Die „N. Fr. Presse“ meldet: Auf die  
von Bukarest hier eingetroffene Notifikation von der Bil-  
dung des neuen rumänischen Kabinetts antwortete die öster-  
reichische Regierung sofort, daß sie den Kabinettswechsel als  
den wahren Ausdruck des Willens betrachte, der durch die  
Verträge festgesetzte Stellung der Donaufürstenthümer nach  
allen Seiten hin gerecht zu werden, und daß man auch öster-  
reichischer Seite bereit sein werde, die vertragsmäßige, aber  
auch begrenzte Selbständigkeit der Fürstenthümer jederzeit zu  
stützen und zu stärken.

**Wien, 6. Dez.** Die Morgenblätter melden übereinstim-  
mend, daß die Schutzmächte Griechenlands übereingekom-  
men seien, die Blockade der Insel Kreta effektiv zu machen. Es  
soll hierdurch den kriegsbedrohenden Folgen eines griechisch-tür-  
kischen Zerwürfnisses vorgebeugt werden. Das „Tageblatt“  
meldet: Die englischen und französischen Mittelmeerflotten  
haben Befehl erhalten, sich zum Auslaufen in die griechischen  
Gewässer bereit zu halten. Auch Contreadmiral Tegethoff be-  
reite die Zusammenziehung einer österreichischen Escadre vor.  
— Dasselbe Blatt meldet, daß die Sanktion des Wehrge-  
setzes bereits erfolgt sei.

**Wien, 5. Dez.** Im Delegationenausschuss verkündigte  
heute der Reichskanzler v. Beust die Kaiserl. Sanktion der  
Beschlüsse der Delegationen, und sprach seine Befriedigung  
aus mit den Resultaten der Verhandlungen. Schließlich fügte  
derselbe hinzu: Die an die Delegationen geknüpften Vor-  
aussetzungen haben sich als berechtigt erwiesen, die Delegationen  
thaten ein wahrhaft kollegialisches Verhältnis kund. Durch  
die Ausführung des Gesetzes, welches der Gesamtmonarchie  
festen Halt zu geben bestimmt ist, gaben dieselben eine neue  
Bürgschaft des Friedens. (Großer Beifall.) Niemand, weder  
im Inland noch im Ausland, wird ernstlich glauben, die De-  
legationen hätten das Wehrgesetz angenommen und das Arme-  
budget bewilligt, wenn sie geglaubt hätten, daß die Regierung  
kriegerische Absicht hegte. Sie bewilligten dem Ministerium  
die Waffen nicht, um Streit zu suchen oder einen angeborenen  
Streit leichtsin zu anzunehmen, sondern wollten nur, daß, wenn  
wir für die Erhaltung des Friedens und für die Abwehr von  
Friedensgefahren sprechen, unsere Stimme nicht ertöne als  
der Hülfeschrei eines wehrlosen Verlassenen, sondern als der  
Wahnschrei eines Staats, welcher ein Recht darauf hat, gehört  
zu werden.

#### Rumänien.

**Bukarest, 5. Dez.** Der Fürst Karl hat einen Brief an  
den Ministerpräsidenten gerichtet, worin er den Ministern für  
die Uebernahme ihres schweren Amtes dankt. Er ermahnt  
alle Kapazitäten, sich um ihn zu scharen und mit ihm vereint  
für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

#### Frankreich.

**Paris, 4. Dez.** Das Verfahren, welches die Behörden  
befolgen, ist nicht neu. Es wurde von General Changarnier  
erfunden, der es am 5. Jan. 1850, als er unter dem Präsi-  
denten Louis Napoleon Bonaparte den Oberbefehl über die  
Garnison von Paris führte, auf das leere Gerücht hin, es  
solle eine Emence stattfinden, in Anwendung brachte und die  
ganze Garnison ausrückte und alle Straßen militärisch be-  
setzen ließ. Was nun den gestrigen Tag anbelangt, so wurde  
die ganze Garnison von Paris in den Kasernen konstituirt,  
wurden Anstalten auf der West-Eisenbahn getroffen, um die  
in Versailles liegenden Garderegimenter sofort nach Paris  
befördern zu können, alle Garnisonen der Umgegend alarmirt,  
zwei Batterien in Vincennes bespannt, zwei Infanterieregi-  
menter hinter dem Kirchhof aufgestellt und die ganze Polizei  
(ungefähr 1500 Polizeidiener) und 2 Bataillone Garde  
de Paris mit Kavallerie nach dem Faubourg Montmartre ge-  
sandt — und Alles dieses, weil die Polizei wissen wollte, daß  
am 3. Dezbr. ein Mann am Grabe Baudin's gesagt: „Au  
trois Decembre“, und daß 20 Individuen mit „Ja“ geant-  
wortet hätten. Welche ungeheure Befürchtungen die Polizei  
übrigens für den gestrigen Tag gehabt, geht aus dem Um-  
stand hervor, daß alle Kommandanten der Armee von Paris  
vom Marschall Canrobert, dem Oberkommandanten von Paris,  
Befehl hatten, ohne alle Rücksicht einzuschreiten, wenn die  
Sache nur irgend einen ernsten Charakter annehme. Der  
Marschall hatte nämlich für Paris gut gesagt, d. h. auf die  
Anfrage, die an ihn erging, ob, falls ein Aufstand ausbreche,  
er Herr in Paris bleiben werde, geantwortet, daß er für Alles  
einstehen werde.

**Paris, 5. Dez.** Dem „Journ. de Paris“ zufolge hätte  
der Kaiser das Dekret unterzeichnet, durch welches die Kam-  
mern am Montag den 11. Jan. eröffnet werden. Der Kai-  
ser hätte den Wunsch ausgesprochen, die Session möge späte-  
stens den 30. April zu Ende gehen. — Am 3. d. M. sollte im  
Saal der „Reine blanche“ auf dem Boulevard Clichy unter  
dem Vorsitz des Hrn. Horn eine Versammlung zur Be-  
sprächung der Otkroi-Frage stattfinden. Dem „Constitu-  
tionnel“ zufolge ist dieselbe für diesen Tag verdoht worden,  
weil man besorgte, es möchten die für diesen Tag befürch-  
teten Unruhen zum Ausbruch kommen und tumultuarische Szenen  
im Saal zur Folge haben. Es bleibt den Interessenten  
undenkbar, sich an einem andern Tag zu versammeln.  
Die Zahl der am 3. Dezbr. Verhafteten ist mit Sicher-

heit nicht bekannt. Im Publikum variren die Angaben zwi-  
schen 60 und — 200. Unter ihnen befanden sich sehr an-  
ständige und allem Anschein nach ganz unschuldige Männer,  
wie der Weinhändler Millot und der frühere Redakteur Du-  
casse, die sich in Zuschriften an die öffentlichen Blätter über  
die Behandlung bitter beschwerten, die sie von Seiten der Po-  
lizei erfuhren. Es sollen jetzt alle Verhaftete bis auf 15 oder  
16 wieder in Freiheit gesetzt sein.

Hr. Peyrat, Hauptredakteur des „Aven. Nation“, hat  
eine neue Vorladung auf nächsten Dienstag vor den Unter-  
suchungsrichter Genet erhalten. — Rente 71.35, Cred. mob.  
295, Ostb. 565, ital. Anl. 57.65.

#### Spanien.

**Madrid, 5. Dez.** Die „Madrid. Ztg.“ bringt ein De-  
kret, welches einen neuen Gouverneur für die Provinz Na-  
varra ernannt — Ein Dekret des Hrn. Figuerola legt eine  
Spezialkommission ein, die beauftragt ist, die Budgets,  
welche den Cortes vorgelegt werden sollen, vorzubereiten und  
eine Gesetvorlage über die Kontrolle der Budgets durch die  
Gesetzgebung auszuarbeiten. Diese Kommission wird uner-  
züglich zusammentreten. — Ein Dekret des Hrn. Ayala er-  
öffnet eine Bewerbung für Legung und Ausbeutung eines tele-  
graphischen Kabels zwischen Cadix, Cuba, Porto-Rico und  
den Kanarischen Inseln.

**Madrid, 6. Dez.** Der „Madrid. Ztg.“ zufolge hat  
der Finanzminister Hr. Figuerola den Provinzgouver-  
neuren Befehl erteilt, ohne Aufsicht die Eintreibung der  
Summen vorzunehmen, welche die Käufer der Nationalgüter  
schulbig sind. — Die Zeichnungen für die Anleihe be-  
laufen sich jetzt auf 35,764,800 Escudos.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 2. Dez.** (Hamb. Kor.) In der heutigen  
Sitzung der Zweiten Kammer fand die zweite Behand-  
lung des Gesetzesvorschlags, betr. die allgemeine Wehr-  
pflicht, statt. Zuerst kamen mehrere Amendements des Abg.  
Krabbe zur Verhandlung, welche rein formelle Veränderungen  
bezweckten, jedoch eine längere Diskussion hervorriefen. Ab-  
dann wurde die Frage über die Wehrpflicht der Geistlichen  
verhandelt. Nach einer kurzen Debatte wurde der von dem  
Abg. J. A. Hansen gestellte Antrag, betr. die vollständige An-  
nullirung der den Geistlichen bisher zugestandenen Dienst-  
freiheit, in namentlicher Abstimmung mit 64 Stimmen gegen  
23 angenommen. Die früheren Meinungsverschiedenheiten  
sind demnach erneuert.

Die Königl. Familie wird zu Ausgang d. M. die Residenz  
nach Kopenhagen verlegen. Der Prinz und die Prinzessin  
von Wales werden bis Mitte Januar in Dänemark  
bleiben.

#### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 1. Dez.** Auch der „Invalide“ rath den  
Rumänen an, mit ihren weitgreifenden Plänen zur Ruhe  
zu kommen; er sagt:

Wir wissen nicht, ob die Räche des Fürsten Karl wirklich irgend  
eine Demonstration beabsichtigen, aber das beweisen wir keineswegs,  
daß, wenn sie in diesem Moment ein Verlangen danach tragen, den  
Plan zu verwirklichen, den ihnen die gegnerische Presse zuschreibt, na-  
mentlich die Proklamirung der vollen Unabhängigkeit ihres Landes und  
sogar die Erweiterung seiner Grenzen, sie dadurch über Rumänien viel  
Unglück heraufbeschwören würden. Das wäre Alles, was sie erreichen  
könnten, aber den Frieden Europas's möchte es nicht erschüttern, vor-  
ausgesetzt, daß Niemand ihn absichtlich erschüttern will. Rumänien  
sönnte nur dann ein gefährlicher Punkt werden, wenn eine von den  
Mächten die Agitation leiten wollte, in der Absicht, die gewaltthätige  
Ergänzung der orientalischen Frage herbeizuführen. Wir wissen nicht, in  
welchem Interesse ein solcher Versuch liegen könnte, in dem Rußlands  
gewiß nicht, das jeden Gedanken einer so revolutionären Handlungs-  
weise zurückweist.

**St. Petersburg, 3. Dez.** (Nat.-Ztg.) Die Kontrol-  
behörde hat den Rechnungsabluß für das Jahr 1867  
vollendet und derselbe ist gegenwärtig im Druck. Wie ich  
höre, weist das vergangene Jahr eine Mehreinnahme von  
15 Millionen Rubel nach, und überdies schließt dasselbe mit  
einer Metallreserve von 40 Millionen, welche zur Disposi-  
tion des Finanzministers im Ausland waren. Selbstver-  
ständlich stammt dieser Betrag aus dem Erlös der Apyrogen-  
tischen Obligationen, welche auf Rechnung der Nikolajebahn  
emittirt wurden. Man hat also nicht Ursache, dies Resultat  
als ein besonders „glänzendes“ zu bezeichnen. Auch jetzt  
verfügt unsere Regierung über bedeutende Metallvorräthe im  
Ausland, da die Eisenbahn-Kompagnien die Verpflichtung  
haben, den Ertrag der emittirten Obligationen dem Staat  
zur Verfügung zu stellen und dieser dann die Unternehmer  
nach Maßgabe des Bedürfnisses mit Geld versieht.

#### Großbritannien.

**London, 3. Dez.** Das Ministerium Disraeli ist zurück-  
getreten. In einem vom 2. Dez. datirten Rundschreiben  
an seine Anhänger in beiden Häusern des Parlaments er-  
klärt der abtretende Minister die Gründe seines Rücktritts,  
wie folgt:

Wenn das Parlament Sitzung hielt, so würde ich diesen Weg nicht  
eingeschlagen haben; aber da die öffentlichen Handlungen eines Mini-  
steriums nicht misverstanden werden dürfen, so habe ich kein anderes  
Mittel, meine Beweggründe zu erklären, so habe ich mir die Freiheit  
genommen, mich hiermit an die konservativen Mitglieder in beiden  
Häusern des Parlaments zu wenden. Als Ihrer Majestät Regierung  
im Frühling dieses Jahres in dem Hause der Gemeinen über die  
Frage wegen der Abstellung der Kirche in Irland in die Minorität  
gebracht wurde, hatte sie zu bedenken, daß die vorgeschlagene Politik  
niemals dem Lande vorgelegt worden sei, und glaubte, daß das Land  
dieselbe nicht gutheißen würde. Sie hielt es deshalb für ihre Pflicht,  
Ihrer Majestät zu rathen, das Parlament aufzulösen; jedoch einem  
Auftrag an die alte Wählererschaft zu erlassen, würde eine Thorheit ge-  
wesen sein, und die aufrichtige Meinung des Landes stimmte mit der  
des Parlamentes dahin überein, daß kein Verfahren genügen könne,  
wenn nicht die Stimmen der vergeblichen Wählererschaft erkundet wür-  
den. Das Ministerium nahm beßhalb alle Maßregeln, um solchen



Kauf zu beschleunigen, und ein besonderes Statut wurde zu dem Zweck erlassen. Dagegen die allgemeine Wahl in der Entscheidung von...  
Bombay, 14. Nov. Das Kabel im Persischen Meerbusen ist zwischen Buhire und Fao zerstört, und die Landlinie zwischen Buhire und Schrap ist gleichfalls erheblich, und zwar boshaft, beschädigt worden.  
Amerika.  
Neu-York, 25. Nov. (Per „Scotia“.) In politischen Kreisen von Washington geht das Gerücht, daß dem Hrn. Anthony Motley, früherer amerikanischer Gesandter in Wien, ein Posten im Kabinete Grant's zugebacht sei, und daß auch vielleicht Senator Wade, der so eben Schwiegervater des neuen Vizepräsidenten geworden, ein Portefeuille erhalten werde. Die Frage behufs Völkervereinigung des Staatssekretärs wird eifrig erörtert. Die Freunde des Hrn. Sumner geben sich alle Mühe, diesen an Edward's Stelle zu bringen.  
Neu-York, 25. Nov. (Per „Scotia“.) Die Nachrichten aus Mexiko melden, daß die Truppen Escobedo's, nachdem sie von Vera Cruz geschlagen, sich mit den Empyrern vereinigt haben. Diese wären für den Augenblick die Herren von fast dem ganzen Staate Tamaulipas.  
Neu-York, 5. Dez. (Reuter's Office.) Die Prozeßverhandlungen gegen Jefferson Davis schlossen heute mit deren Vertagung bis zum Mai-Termin des Obergerichtshofs von Richmond. Die Bürgerschaft für den Angeklagten wurde erneuert. — Auf dem Ohio ist der Dampfer „America“ in Folge eines Zusammenstoßes mit einem andern Schiff gesunken. Es sind bei diesem Vorfalle 100 Menschen ertrunken.  
Neu-York. Die Stille-Weltmeer-Bahn geht mit raschen Schritten ihrer Vervollendung entgegen. Das Riesenunternehmen, ein Schienengeleise von 300 Meilen zu legen und eine Strecke fahrbar zu machen, die nicht viel geringer ist als die Entfernung zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Festland, ist seit dem Schluß des Bürgerkrieges aus den Uransätzen heraus so weit gefördert worden, daß vor Schluß des kommenden Jahres von der einen Meeresküste bis zur andern der Verkehr vermittelt werden kann. Von den weitesten Landesrecken, die der Schienenstrang durchschneidet, ist fast die Hälfte unangebautes wüstes Land. Omaha City, eine neue Stadt, ist der Grenzpunkt der westlichen Zivilisation, und die Hauptschwierigkeiten des Unternehmens liegen auf der Strecke von 1721 Meilen, die Omaha City mit Sacramento verbindet. Ohne Bewohner sind die Landstriche rechts und links von dieser Linie allerdings nicht, aber die Bevölkerung besteht aus wilden Indianerhorden, die das Vordringen des Dampfes in ihren Jagdgründen mit Wehr und Waffen zu hindern suchen, und General Sherman, der mit Unionstruppen eine Art Bahnpolizei in der Wildnis übt, viel zu schaffen machen. Trotz ihres Widerstandes indessen ist von Omaha aus eine Entfernung von 1000 Meilen fast bis an das Norrmannens-Land fahrbar, von Sacramento aus sind weitere 400 Meilen fertig geworden, und es wird nicht lange mehr dauern, bis die Arbeiter von hüben und drüben zusammen-treffen.

**Asien.**

Bombay, 14. Nov. Das Kabel im Persischen Meerbusen ist zwischen Buhire und Fao zerstört, und die Landlinie zwischen Buhire und Schrap ist gleichfalls erheblich, und zwar boshaft, beschädigt worden.

**Amerika.**

Neu-York, 25. Nov. (Per „Scotia“.) In politischen Kreisen von Washington geht das Gerücht, daß dem Hrn. Anthony Motley, früherer amerikanischer Gesandter in Wien, ein Posten im Kabinete Grant's zugebacht sei, und daß auch vielleicht Senator Wade, der so eben Schwiegervater des neuen Vizepräsidenten geworden, ein Portefeuille erhalten werde. Die Frage behufs Völkervereinigung des Staatssekretärs wird eifrig erörtert. Die Freunde des Hrn. Sumner geben sich alle Mühe, diesen an Edward's Stelle zu bringen.  
Neu-York, 25. Nov. (Per „Scotia“.) Die Nachrichten aus Mexiko melden, daß die Truppen Escobedo's, nachdem sie von Vera Cruz geschlagen, sich mit den Empyrern vereinigt haben. Diese wären für den Augenblick die Herren von fast dem ganzen Staate Tamaulipas.  
Neu-York, 5. Dez. (Reuter's Office.) Die Prozeßverhandlungen gegen Jefferson Davis schlossen heute mit deren Vertagung bis zum Mai-Termin des Obergerichtshofs von Richmond. Die Bürgerschaft für den Angeklagten wurde erneuert. — Auf dem Ohio ist der Dampfer „America“ in Folge eines Zusammenstoßes mit einem andern Schiff gesunken. Es sind bei diesem Vorfalle 100 Menschen ertrunken.  
Neu-York. Die Stille-Weltmeer-Bahn geht mit raschen Schritten ihrer Vervollendung entgegen. Das Riesenunternehmen, ein Schienengeleise von 300 Meilen zu legen und eine Strecke fahrbar zu machen, die nicht viel geringer ist als die Entfernung zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Festland, ist seit dem Schluß des Bürgerkrieges aus den Uransätzen heraus so weit gefördert worden, daß vor Schluß des kommenden Jahres von der einen Meeresküste bis zur andern der Verkehr vermittelt werden kann. Von den weitesten Landesrecken, die der Schienenstrang durchschneidet, ist fast die Hälfte unangebautes wüstes Land. Omaha City, eine neue Stadt, ist der Grenzpunkt der westlichen Zivilisation, und die Hauptschwierigkeiten des Unternehmens liegen auf der Strecke von 1721 Meilen, die Omaha City mit Sacramento verbindet. Ohne Bewohner sind die Landstriche rechts und links von dieser Linie allerdings nicht, aber die Bevölkerung besteht aus wilden Indianerhorden, die das Vordringen des Dampfes in ihren Jagdgründen mit Wehr und Waffen zu hindern suchen, und General Sherman, der mit Unionstruppen eine Art Bahnpolizei in der Wildnis übt, viel zu schaffen machen. Trotz ihres Widerstandes indessen ist von Omaha aus eine Entfernung von 1000 Meilen fast bis an das Norrmannens-Land fahrbar, von Sacramento aus sind weitere 400 Meilen fertig geworden, und es wird nicht lange mehr dauern, bis die Arbeiter von hüben und drüben zusammen-treffen.

**Baden.**

Karlsruhe, 5. Dez. Durch Verordnung des Großh. Justizministers vom 5. v. M. werden unter Aufhebung der betr. Verordnungen vom 18. Sept. 1852 und vom 16. Dez. 1859 zum Vollzug des § 5 des Gesetzes vom 20. Dez. 1848, das Verfahren bei Eidesleistungen betr., folgende Vorschriften erlassen:  
§ 1. Jeder gerichtlichen Vorladung zur Ablegung eines Eides ist die ausdrückliche Aufforderung an den Geladenen beizufügen: „sich von seinem Seeliger oder einem andern Geistlichen seines Glaubens über die Wichtigkeit und Heiligkeit des Eides vorbereiten zu lassen und Beistandigung hierüber vorzulegen.“  
§ 2. Die schriftliche Ladung muß die Rubrik der betreffenden Rechtsfrage enthalten und angeben, in welcher Eigenschaft der Geladene zu beizubringen ist, ob als Partei, Zeuge, oder Sachverständiger. Bei Parteieideiden in bürgerlichen Rechtsfällen ist überdies eine Abschrift der Eidesformel beizufügen.  
§ 3. Der zum Eide Vorzubereitende hat dem Geistlichen, an welchen er sich wendet, die erhaltene Ladung vorzulegen. Auf dieselbe ist jedoch in der Regel auch die Beistandigung über die erteilte Vorbereitung zu legen.  
§ 4. Die Kreisgerichte haben durch Vermittlung der Amtsgerichte mit den Geistlichen ihrer Kreise Uebereinkommen dahin zu treffen, daß

— bringende Fälle ausgenommen — zur Vornahme von Eidesbeibringungen passende Stunden ein- für allemal bestimmt werden. Dabei ist thunlichst darauf hinzuwirken, daß, wenn mehrere Geistliche an einem Orte sind, von allen die gleiche Stunde gewählt wird. Die so festgesetzten Stunden sind in den betreffenden Gemeinden in geeigneter Weise zu veröffentlichen.  
Guchensfeld (A. Pforzheim), 4. Dez. (Warte.) Gestern wurde unsere Gemeinde in große Aufregung versetzt durch die Nachricht, der hiesige Accisor M. sei im Walde, dem sog. Kallert, ausgeraubt worden. Derselbe begab sich gestern früh mit einer namhaften Geldsumme — über 300 fl. — auf den Weg nach Pforzheim, um abzuliefern. Auf einem vom Hauptwege abweigenden Seitenpfad wurde er plötzlich von zwei ihm unbekanntem Individuen überfallen, zu Boden geworfen, und da er seine leberne Geldtasche nicht gutwillig herausgab, so wurden ihm mit einem scharfen Instrument mehrere Verwundungen am Kopf, am Handgelenk und an der Kehle beigebracht. Die Geldtasche wurde ihm entzogen, und während die Räuber dieselbe leerten, gelang es dem in den Tod erschrockenen Mann, sich vom Boden aufzurichten und um Hilfe zu rufen, worauf sich die Beiden mit dem größten Theil der Beute aus dem Staube machten und waldwärts liefen. Vorgefunden war in zwei in der Nähe der Wohnung des Accisors gelegenen Häusern Feuer entdeckt, aber glücklicher Weise unterdrückt worden, und man bringt nun die beiden Thatsachen in Verbindung miteinander. Die Verletzungen, die der Beraubte davontrug, sind nicht bedeutend, aber nach seiner Versicherung hätte nicht viel gefehlt, so wäre er durch den einen auf ihn drückenden Räuber erdrosselt worden. Daß in Folge dieser frechen, am hellen Tag ganz in der Nähe einer stark begangenen Straße verübten Schandthat sich die Angst um die persönliche Sicherheit vieler Gemüther bemächtigt hat, läßt sich leicht denken.

Aus dem Amtsbezirk Säckingen, 4. Dez. (Warte.) Am Abend des 2. Dez. ereignete sich ein Unglück auf der Station Laufenburg. Es hatte sich ein lebiger junger Mann von 24 Jahren heimlich in Wurg in einen der letzten Wagen des Güterzugs begeben, welcher nach 5 Uhr diese Strecke passirt, um seinem Bruder in Laufenburg feische Wäsche zu überbringen. An der Personstation, wo dieser Zug rasch vorbei fuhr, sprang er, um nicht wieder von der ziemlich entfernten Güterstation zurücklaufen zu müssen, in der Dunkelheit heraus und fiel leider der Art, daß ihn die Räder erfassten und seinen Körper in Stücke zersplitterten, ohne daß man noch einen Laut von ihm hörte. Manche wollen behaupten, er habe dieses Wagstück schon öfters ausgeführt. Die Familie ist um so mehr zu bedauern, als der Vater schon öfters von Schwermuth heimgejucht und dieser Sohn ihm eine starke Stütze war.  
Ein noch größeres Unglück hätte Abends zuvor am Bahnhof in Säckingen geschehen können. Als nämlich der Schnellzug Abends 8 Uhr anfuhr, wollte eben ein Schwarzwälder mit einem Ochsenfuhrwerk über die Bahn fahren. Ein Dohse wurde ergriffen und so verletzt, daß er geschlachtet werden mußte, während der andere ziemlich unbeschädigt davonkam. Der Knabe, der dabei war, sprang, als die Gefahr nahe, noch glücklich davon.

**Vermischte Nachrichten.**

Von der Bergstraße, 4. Dez. (N. B. Ztg.) Seit 8 Tagen fanden die Aufkäufe des Tabaks äußerst rege statt. Die Preise aber — 12 fl., höchster 13 1/2 fl. — haben bei der herannahenden Tabaksteuer den Landwirth ermuntert, im nächsten Jahre mehr Getreide als bisher zu bauen.  
Konstanz, 5. Dez. (Konst. Ztg.) Das Fallen des See's war seit dem Rhein-Hochwasser ein so rasches, daß vorauszusagen war, wir würden diesmal keinen höheren Winter-Wasserstand erhalten. Auf ein seltsames Zusammentreffen müssen wir hiebei aufmerksam machen. Während das Steigen und Fallen des Wassers in verschiedenen Jahrgängen die reichste Abwechslung bietet (wovon man sich am besten durch graphische Darstellung überzeugen kann), ist vom 18. Nov. bis heute die Bewegung des Seepegels ganz die gleiche wie im Jahr 1867. Durch beinahe drei Wochen war Tag für Tag der Wasserstand ganz genau derselbe wie am entsprechenden Tage des vorigen Jahres, und ist der Wasserpiegel in dieser Zeit um 10 Zoll gesunken.

München, 2. Dez. Der „Allg. Ztg.“ zufolge ist das Staatsministerium des Kultus von Sr. Maj. dem König ermächtigt und beauftragt worden, wegen Veranstaltung einer allgemeinen internationalen Kunstausstellung zu München im Jahr 1869 die erforderlichen Einleitungen zu veranlassen. Die Ausstellung soll nicht wie jene des Jahres 1858 auf Erzeugnisse der deutschen Kunst beschränkt bleiben, sondern es sollen auch die Künstler anderer Staaten zur Beschickung eingeladen und aufgefordert werden.  
Berlin, 4. Dez. Der Präsident Lette, Mitglied des Abgeordnetenhaus, ist gestorben.  
Das für Staatszwecke eingezogene römisch-katholische Bernhardiner-Kloster in Bina ist in eine Kaserne umgewandelt worden, die Räumlichkeiten für 850 Mann bietet.  
Aus Neapel, 29. Nov., wird französischen Blättern mitgetheilt, daß der dortige Königl. Staatsanwalt von der Kammer die Ermächtigung verlangt hat, den Abgeordneten Martina, Mitglied der Linken, wegen Ermordung eines Mannes, der in einer Kirche betete, gerichtlich zu verfolgen. Der Abg. Martina, ein äußerst jähörniger Mann, hatte unter seinem Fenster Parfümeure, welche ihn durch den Rauch belästigten, den ihre Arbeiten verursachten. Derselbe mehrfach hatte er sie bedroht. Eines Abends nun nimmt er seine zweiköpfige Flinte und zielt auf sie. Die Parfümeure entkamen und ein armer Mensch, der geradeüber in der Kirche betet, wird erschossen. Dieser böartige Abgeordnete wurde bereits im Jahr 1849 in Salerno wegen Tödtung zu 6 Jahren Gefängnis verurtheilt.

Paris, 5. Dez. Berryer ist mit der Ueberzeugung gestorben, daß sein Vaterland einer großen Krise entgegengehe. Charles de Lacombe veröffentlicht in der „Gazette de France“ eine Charakteristik des Verstorbenen und theilt Stellen aus einem Briefe mit, den derselbe kurz vor seinem Tode an ihn wegen der nächsten Wahlen richtete. Berryer schreibt: „Das Zusammenhalten aller wohlbedenkenden Männer, die Freunde der Ordnung und der Freiheit sind, ist für Alle eine gebieterische Pflicht bei der jammervollen Lage, in der sich im Innern wie im Auswärtigen die französischen Interessen befinden. Diese Interessen werden mit jedem Tage ärger gefährdet. ... Nach den Revolutionen, die unser unglückliches Land seit Anfang dieses Jahrhunderts durchgemacht hat, nach dem Sturz so vieler Regierungen ist es unmöglich, die Form und Art der Regierung vorherzusagen, welche aus einer neuen Krise hervorgehen wird. Alles ist möglich, aber was auch

die Regierungsform sein wird, die aus den Tagen des Sturmes hervorgeht, diese Regierung kann nur leben, wenn sie die politischen Freiheiten annimmt und eifrig ausführt. Die konstitutionelle Regierung wird das Lebens- und Grundgesetz der Zukunft sein. Kaiserthum, Königthum oder Republik können nur mit Ehren auf einige Zeit Bestand haben, wenn sie dem Lande in der freien Thätigkeit der regerrecht und frei gewählten Deputirten das Self-Government zusichern. ...“ Das ist „Berryer's politisches Testament“.  
Paris, 6. Dez. Nachm. Auf dem Boulevard war wenig Geschäft, die Stimmung desselben aber fest. Rente 71.57 1/2, Türken 40.45 auf die Nachricht, daß die Pforte nur ein Ultimatum nach Griechenland senden werde.  
Die komische Oper „Corricolo“ von Ferdinand Poise ist nun in der komischen Oper zu Paris gegeben worden, „beifällig aufgenommen von den Freunden des Dichters und Directors“, wie eine Kritik kurz und bündig das Werk verurtheilt.  
Der Maler E. Zander, der als Kriegsminister des Königs Theodor während der letzten Ereignisse in Abyssinien so oft genannt wurde, ist, wie die „Wes.-Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle vernimmt, am 26. Septemb. in Mulkutto (in Abyssinien) an einer Lungenlähmung gestorben.  
Der „Madrid. Ztg.“ zufolge hat der Minister des Innern, Sr. Sagasta, beschloffen, daß auf einen Antrag der Gemeindebehörde von Murviedro diese Stadt den Namen der antiken Stadt, auf deren Trümmern sie erbaut wurde, annehmen dürfe. Die Stadt Murviedro wird fortan den Namen Saganta führen.

Karlsruhe, 5. Dez. (Schwurgericht.) Heute kamen 2 Fälle zur Verhandlung, Vormittags die Anklage gegen Wilhelm Brenner von Pforzheim wegen Diebstahls, Nachmittags diejenige gegen Wilhelm Speidel von Rürtingen wegen eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit.  
Der Angeklagte im ersten Fall ist 41 Jahre alt, verheirathet, Goldarbeiter, vermögenslos. Er hat sich selbst zur Anzeige gebracht und in der Voruntersuchung ein umfassendes Geständniß dahin abgelegt, daß er lange Zeit hindurch seinem Geschäftsherrn, dem Bijouteriefabrikanten Theodor Fährner in Pforzheim, bei welchem er bis zum Dezember 1865 als Kabinetsmeister angestellt war, Goldabfälle, die sich bei der Fabrikation ergeben, und welche er zu sammeln und aufzubewahren verpflichtet war, entwendet habe, und zwar im Gesamtbetrag von mindestens 4000 fl. In der heutigen Hauptverhandlung nahm er dieses Geständniß zurück, wie es scheint, wohl deshalb, weil diejenigen Personen, denen er das entwendete Gold verkauft zu haben behauptet hatte, wegen Unzulänglichkeit des Beweises nicht mit ihm vor das Schwurgericht verwiesen worden waren. Da er übrigens die Zurücknahme des Geständnisses in keiner Weise zu motiviren vermochte, so wurde er durch den Wahrspruch nach Maßgabe der Anklage für schuldig erklärt, und von dem Gerichtshof zu 2 Jahren Zuchthaus oder 1 1/2 Jahr Einzelhaft verurtheilt.  
In der am Nachmittags in geheimer Sitzung verhandelten Sache erging Wahrspruch auf Schuldig; der Gerichtshof machte aber von der Befugniß des § 293 St. P. O. Gebrauch, indem er von Erlassung des Urtheils Umgang nahm und die Sache auf die nächstfolgende Quartalsitzung zur wiederholten Verhandlung verwies.

**Marktpreise.**

Karlsruhe, 4. Dez. In der hiesigen Mehlhalle wurden am 2. Dez. zu Durchschnittspreisen per 150 Pfund verkauft: Kunstmehl Nr. 1 16 fl. 30 kr.; Schwingmehl Nr. 1 14 fl. 30 kr.; Wehl in 3 Sorten 12 fl. — kr.  
In der hiesigen Mehlhalle blieben aufgestellt: 64,407 Pfd. Mehl. Eingeführt wurden vom 26. Nov. bis 2. Dez. 215,349 Pfd. Mehl. Davon verkauft: 279,756 Pfd. Mehl. 224,287 Pfd. Mehl. Blieben aufgestellt: 58,469 Pfd. Mehl.

Hamburg, 30. Nov. Das Hamburger Post-Dampfschiff „Bavaria“, Kapitän Heibich, welches am 1. d. M. von hier und am 5. d. M. von Havre abgegangen, ist am 28. d. M. wohlbehalten in Neu-Orleans angekommen.  
Das Hamburger Post-Dampfschiff „Gimbrina“, Kapitän Barends, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Actiengesellschaft, ging, erpedirt von Hrn. August Volten, William Miller's Nachf., am 2. Dezember von Hamburg via Southampton nach Neu-York ab.  
Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 30 Passagiere in der Kajüte und 178 Passagiere im Zwischendeck, sowie 1100 Tons Ladung.

Frankfurt, 7. Dez., — Uhr — Min. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 243, Staatsbahn-Aktien 304 1/2, National 53, Steuerfreie 51 1/2, 1860er Loose 76 1/2, Oesterr. Valuta 99 1/2, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 79 1/2, Gold —.

Berichtigung. In der gestrigen Nummer lese man in dem Artikel Karlsruhe Sp. 2. 3. 42 v. o. statt der Kammer „den Kammerern“; 3. 29 v. u. statt besprochen „besprechen“; 3. 10 v. u. statt der „die“; S. 2 Sp. 1. 3. 16 v. o. ist vor den Worten „der Regierungsbank“ das Wort „von“ einzuschalten.

**Karlsruher Witterungsbeobachtungen.**

5. Dez.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 9,60	+ 9,5	S.W.	ganz bew.	trüb, frisch, windig
Mittags 2 "	" 8,93	+ 11,5	"	"	trüb, wind., Regn.
Nachts 9 "	" 8,50	+ 11,5	"	"	"
6. Dez.					
Morgens 7 Uhr	27° 10,43	+ 11,0	S.W.	ganz bew.	trüb, wind., regn.
Mittags 2 "	" 10,30	+ 13,0	"	"	Regn.
Nachts 9 "	" 9,83	+ 12,0	"	"	Regn.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**

Dienstag 8. Dez. 4. Quartal. 136. Abonnementsvorstellung. **Retirungen**, bürgerliches Schauspiel in 5 Akten, von Eduard Devrient. Anfang 6 Uhr. Ende 1/10 Uhr.



